

## Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 25. bis 28. März 2019

### **Copyright: Abstimmung über Kompromiss zur Urheberrechtsreform**

Am Dienstag stimmt das Parlament über die im Februar getroffene vorläufige Vereinbarung mit den EU-Ländern zur Reform des Urheberrechts ab. 4

### **Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik**

Am Donnerstag werden die Abgeordneten erwartungsgemäß ein Verkaufsverbot für Einweg-Kunststoffartikel aus Plastik wie Teller, Besteck, Strohhalme oder Wattestäbchen ab 2021 billigen. 5

### **Strengere Klimaziele für Autos**

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neufahrzeugen soll bis 2030 sinken. Das Parlament stimmt am Mittwoch über eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rat ab. 7

### **Beendigung des Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit**

Am Dienstag steht der Vorschlag zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung ab 2021 zur Abstimmung. 8

### **Strommarktreform: Mehr Rechte für Verbraucher, klimafreundlichere Energie**

Abstimmung über neue Vorschriften für einen flexibleren, umweltfreundlicheren, wettbewerbsfähigeren und risikofesten Strommarkt. 9

### **Für eine wirksamere Bekämpfung von Steuer- und Finanzkriminalität**

Infolge der Luxleaks- und anderen Enthüllungen über Finanzverbrechen in Milliardenhöhe will das Parlament am Dienstag Empfehlungen zur Bekämpfung von Steuerkriminalität billigen. 11

### **Parlament legt Standpunkt zur Reform des Straßenverkehrssektors fest**

Neue Vorschriften zur Entsendung von Fahrern und zu deren Ruhezeiten sowie die Bekämpfung illegaler Praktiken im Güterkraftverkehr: Debatte und Abstimmung zum Mobilitätspaket am Mittwoch. 13

## **Debatte zum EU-Gipfel: Brexit, Klimawandel, Bekämpfung von Desinformation...**

Debatte am Mittwochmorgen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, über die Ergebnisse des EU-Frühjahrs Gipfels vom 21.- 22. März.

14

## **Schutz der Verbraucherrechte online und offline**

Am Dienstag stehen neue Regeln zur Stärkung der Verbraucherrechte und zur Erleichterung des grenzübergreifenden Handels in der EU zur Debatte und zur Abstimmung.

15

## **Besserer Schutz der Arbeitnehmer vor krebserregenden Chemikalien**

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten neue Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmern vor gesundheitsschädlichen Chemikalien annehmen.

17

## **Neue Pläne für besseres Leitungswasser und Verringerung von Plastikabfall**

Das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser soll gestärkt werden, denn es ist eine umweltfreundlichere und kostengünstigere Alternative zu abgefülltem Wasser. Abstimmung am Donnerstag.

18

## **Weitere Tagesordnungspunkte**

Weitere Themen auf der Tagesordnung

19

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-03-25>

▪

### **Weitere Informationen**

[Tagesordnung](#)

[Plenar-Webseite \(mit Live-Übertragung der Plenartagung\)](#)

[Videos der Plenartagungen](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

[Multimedia-Center](#)

[Podcasts des wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

## Kontakt

---

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)

---

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

---

Judit HERCEGFALVI

Press Officer in Germany

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ [judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu](mailto:judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu)

---

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ [huberta.heinzel@ep.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@ep.europa.eu)

---

# Copyright: Abstimmung über Kompromiss zur Urheberrechtsreform

**Am Dienstag stimmt das Parlament über die im Februar getroffene vorläufige Vereinbarung mit den EU-Ländern zur Reform des Urheberrechts ab.**

Der vorläufige Kompromiss, der von den Verhandlungsführern des Parlaments und der Mitgliedstaaten über einen Zeitraum von drei Jahren ausgehandelt wurde, zielt darauf ab, sicherzustellen, dass die Rechte und Verpflichtungen gemäß dem Urheberrecht auch im Internet gelten. Er soll Kreativen und Nachrichtenmedien ermöglichen, Lizenzverträge mit Internetplattformen wie YouTube und Nachrichtenaggregatoren wie Google News oder Facebook auszuhandeln. Zahlreiche Schutzklauseln sollen gewährleisten, dass im Internet auch weiterhin Meinungsfreiheit herrscht.

Die Vereinbarung zielt auch darauf ab, die Nutzung von urheberrechtlich geschütztem Material für Forschungsarbeiten durch Text- und Data-Mining zu erleichtern und damit einen erheblichen Wettbewerbsnachteil zu beseitigen, dem europäische Forscher derzeit ausgesetzt sind. Zudem sollen Urheberrechtsbeschränkungen nicht für Inhalte gelten, die für den Unterricht oder für Illustrationen verwendet werden.

*Debatte: Dienstag, den 26. März*

*Abstimmung: Dienstag, den 26. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

*Pressekonferenz: Dienstag, den 26. März um 15:00 Uhr*

## Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(13.02.2019\)](#)

[Berichterstatte Axel Voss \(EVP, DE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Häufig gestellte Fragen und Antworten zur Urheberrechtsreform \(EP-Webseite\)](#)

[Webseite des EP zur Richtlinie für eine Urheberrechtsreform](#)

[Häufig gestellte Fragen und Antworten \(Webseite der EU-Kommission\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

## Verbot von Wegwerfprodukten aus Plastik

**Am Donnerstag werden die Abgeordneten erwartungsgemäß ein Verkaufsverbot für Einweg-Kunststoffartikel aus Plastik wie Teller, Besteck, Strohhalme oder Wattestäbchen ab 2021 billigen.**

Der vorläufige, mit den EU-Ländern vereinbarte Kompromiss setzt die Zielvorgabe, 90% der Kunststoffflaschen bis 2029 getrennt zu sammeln. Außerdem werden für den Gehalt an Recyclingkunststoff in Flaschen verbindliche Ziele von 25 % bis 2025 und 30 % bis 2030 festgelegt.

Darüber hinaus wird das Verursacherprinzip, insbesondere für Tabak, durch die Einführung einer erweiterten Herstellerverantwortung (wonach die Hersteller zur Deckung der Kosten für Abfallbewirtschaftung, Reinigung und Sensibilisierung beitragen müssen) gestärkt. Auch für Fanggerät in der Fischerei soll eine solche Regelung gelten, um sicherzustellen, dass die Hersteller und nicht die Fischer die Kosten für die Sammlung von im Meer verlorenen Netzen tragen.

### Hintergrundinformationen

Nach [Angaben der Europäischen Kommission](#) sind mehr als 80% der Abfälle im Meer Plastikmüll. Die neuen Vorschriften haben die zehn Einwegprodukte aus Kunststoff im Visier, die in Europa am häufigsten an den Stränden und in den Meeren gefunden werden, sowie Fischfanggeräte, die im Meer verloren gegangen sind oder zurückgelassen wurden. Diese Produkte machen den Großteil des Problems aus. Zusammen entfallen auf sie 70 % aller Abfälle im Meer.

Da der Zersetzungsprozess bei Kunststoffen nur langsam verläuft, wächst die Menge dieser Abfälle in den Meeren, Ozeanen und an den Stränden in der EU und der ganzen Welt ständig. Plastikrückstände werden in Meerestieren wie Meeresschildkröten, Robben, Walen und Vögeln gefunden, aber auch in Fischen und Schalentieren, und gelangen so in die menschliche Nahrungskette. Kunststoffe sind zwar praktische, vielseitige, nützliche und wirtschaftlich wertvolle Materialien, doch müssen sie besser eingesetzt, wiederverwendet und recycelt werden. Wird Plastik achtlos weggeworfen, bedeutet dies nicht nur den Verlust des Materialwerts, sondern es entstehen auch Kosten für die Säuberung der Umwelt und Verluste für Tourismus, Fischerei und Schifffahrt.

*Debatte: Mittwoch, den 27. März*

*Abstimmung: Mittwoch, den 27. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

## **Weitere Informationen**

[Vereinbarung mit dem Rat \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.01.2019\)](#)

[Berichterstatterin Frédérique Ries \(ALDE, BE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Single-use plastics and fishing gear: Reducing marine litter“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Plastics in a circular economy: Opportunities and challenges“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Strengere Klimaziele für Autos

## Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Neufahrzeugen soll bis 2030 sinken. Das Parlament stimmt am Mittwoch über eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rat ab.

Parlament und Rat haben sich auf ein höheres Ziel (37,5%) als das von der EU-Kommission vorgeschlagene (30%) geeinigt. Die Treibhausgasemissionen neuer Pkw sollen demnach bis 2030 um 37,5% verringert werden. Für neue leichte Nutzfahrzeuge soll ein Ziel von 31% bis 2030 gelten.

### Soziale Auswirkungen des Übergangs zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft

Hersteller, deren durchschnittliche Emissionen die Grenzwerte überschreiten, müssen eine Emissionsüberschreitungsabgabe zahlen. Bis 2023 wird die Europäische Kommission prüfen müssen, ob diese Beträge zur Finanzierung eines fairen Übergangs zur emissionsfreien Mobilität und zur Kompetenzentwicklung der Arbeitnehmer im Automobilsektor verwendet werden sollten.

*Debatte: Dienstag, den, 26. März*

*Abstimmung: Mittwoch, den, 27. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

[Vereinbarung mit dem Rat \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(22.01.2019\)](#)

[Berichterstatterin Miriam Dalli \(S&D, MT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „CO<sub>2</sub> standards for new cars and vans“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Post 2020 CO<sub>2</sub> emission targets for cars and vans – the right level of ambition?“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Beendigung des Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit

## Am Dienstag steht der Vorschlag zur Abschaffung der jahreszeitlich bedingten Zeitumstellung ab 2021 zur Abstimmung.

EU-Länder, die beschließen, ihre Sommerzeit dauerhaft beizubehalten, sollten die Uhren am letzten Sonntag im März 2021 zum letzten Mal umstellen, heißt es im [Entwurf des Parlaments](#). Länder, die es vorziehen, die Normalzeit (Winterzeit) beizubehalten, können die Uhren am letzten Oktobersonntag 2021 letztmalig umstellen.

Die Abgeordneten fordern auch, dass sich die EU-Länder untereinander abstimmen, um zu gewährleisten, dass das Funktionieren des Binnenmarkts nicht beeinträchtigt wird.

### Hintergrundinformationen

Als Reaktion auf Bürgerinitiativen [forderte](#) das Parlament die EU-Kommission im Februar 2018 auf, die Sommerzeit-Richtlinie zu bewerten und gegebenenfalls einen Vorschlag für deren Überarbeitung vorzulegen.

Diese brachte eine öffentliche Konsultation zur Sommerzeitregelung auf den Weg, an der sich 4,6 Millionen Bürger beteiligten, von denen 84% gegen die jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen waren. Daraufhin stellte die Kommission den [vorliegenden Vorschlag](#) vor, über den sich Parlament und Rat nun einigen müssen.

*Debatte: Montag, den 25. März*

*Abstimmung: Dienstag, den 26. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

### Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(04.03.2019\)](#)

[Berichterstatterin Marita Ulvskog \(S&D, SE\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Discontinuing seasonal changes of time“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)



# Strommarktreform: Mehr Rechte für Verbraucher, klimafreundlichere Energie

## Abstimmung über neue Vorschriften für einen flexibleren, umweltfreundlicheren, wettbewerbsfähigeren und risikofesten Strommarkt.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten am Dienstag vier Gesetze zum EU-Strommarkt verabschieden und damit das Maßnahmenpaket „[Saubere Energie für alle Europäer](#)“ abschließen.

Eines der Hauptziele der neuen Vorschriften ist die Erleichterung des grenzübergreifenden Stromhandels. Der Handel mit erneuerbaren Energien über die Grenzen der EU hinweg soll vereinfacht werden, um dazu beizutragen, das verbindliche Ziel zu erreichen, wonach der Anteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch in der EU bis 2030 mindestens 32% betragen muss.

Außerdem soll die Förderung für die umweltschädlichsten Kohlekraftwerke in Europa auslaufen, die sozusagen als Backup für wind- und sonnenarme Zeiten genutzt werden. Diese Kohleförderung über sogenannte Kapazitätsmechanismen soll ab 2025 ein Ende haben.

### Intelligente Stromzähler, dynamische Preisgestaltung und den Stromanbieter einfacher wechseln

Darüber hinaus zielen die neuen Gesetze darauf ab, den Strommarkt der EU wettbewerbsfähiger und verbraucherorientierter zu gestalten. So soll etwa der Wechsel des Stromanbieters für Verbraucher einfacher werden (kostenloser Anbieterwechsel innerhalb von höchstens drei Wochen, und binnen 24 Stunden bis 2026). Dynamische Preisgestaltung und intelligente Stromzähler sollen helfen, Energie und Kosten zu sparen.

Um die EU-Bürger besser vor plötzlichen Stromausfällen zu schützen, soll der Sektor besser auf Risiken vorbereitet werden. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) wird zusätzliche Aufgaben und Befugnisse erhalten, um den EU-Strommarkt besser zu regulieren.

*Debatte: Montag, den 25. März*

*Abstimmung: Dienstag, den 26. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

## Weitere Informationen

Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss (auf Englisch)

Merkmale zu den Verfahrensschritten: Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung, Verordnung)

EP-Hintergrundinformationen: Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung, Verordnung, auf Englisch)

Merkmale zu den Verfahrensschritten: Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung, Richtlinie)

EP-Hintergrundinformationen: Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung, Richtlinie, auf Englisch)

Merkmale zu den Verfahrensschritten: Risikoversorgung im Elektrizitätssektor

EP-Hintergrundinformationen: Risikoversorgung im Elektrizitätssektor (auf Englisch)

Merkmale zu den Verfahrensschritten: Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER)

EP-Hintergrundinformationen: Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) (auf Englisch)

Berichterstatter Jerzy Buzek (EVP, PL)

Berichterstatter Flavio Zanonato (S&D, IT)

Berichterstatter Morten Helveg Petersen (ALDE, DK)

Audiovisuelles Material für Medienschaffende

# Für eine wirksamere Bekämpfung von Steuer- und Finanzkriminalität

## Infolge der Luxleaks- und anderen Enthüllungen über Finanzverbrechen in Milliardenhöhe will das Parlament am Dienstag Empfehlungen zur Bekämpfung von Steuerkriminalität billigen.

Der 70-seitige Bericht, Ergebnis der jahrelangen Arbeit des Sonderausschusses zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX 3), fordert eine gründliche Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden im Steuer- und Finanzbereich, neue Rechtsvorschriften und neue Einrichtungen auf EU- und globaler Ebene, wie beispielsweise eine EU-Finanzpolizei und eine EU-Aufsichtsinstanz zur Bekämpfung von Geldwäsche.

In dem Bericht werden auch sieben EU-Länder - Belgien, Zypern, Ungarn, Irland, Luxemburg, Malta und die Niederlande - als potenzielle Steueroasen bezeichnet und ein Ende der Goldene-Visa-Regelungen (die Praxis einiger EU-Staaten, Ausländer gegen Geld einzubürgern) gefordert.

### Hintergrundinformationen

Der Sonderausschuss wurde im März 2018 nach Enthüllungen in den vergangenen fünf Jahren (*Luxleaks*, *Panama Papers*, *Football Leaks* und *Paradise Papers*) eingerichtet. Es fanden 18 Anhörungen zu bestimmten Themen statt, 10 Debatten mit Finanzministern und EU-Kommissaren sowie vier Informationsreisen - in die USA, auf die Isle of Man, nach Dänemark und Estland sowie nach Lettland.

*Debatte: Montag, den 25. März*

*Abstimmung: Dienstag, den 26. März*

*Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung*

*Pressekonferenz: Dienstag, den 26. März um 15:30 Uhr*

## Weitere Informationen

[Berichtsentwurf \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(27.02.2019\)](#)

[Berichterstatter Luděk Niedermayer \(EVP, CZ\)](#)

[Berichterstatter Jeppe Kofod \(S&D, DK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Webseite des TAX3-Ausschusses](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Parlament legt Standpunkt zur Reform des Straßenverkehrssektors fest

## Neue Vorschriften zur Entsendung von Fahrern und zu deren Ruhezeiten sowie die Bekämpfung illegaler Praktiken im Güterkraftverkehr: Debatte und Abstimmung zum Mobilitätspaket am Mittwoch.

Die Reformvorschläge zielen darauf ab, die Durchsetzung der Vorschriften im Straßenverkehrssektor zu verbessern, um die Nutzung von Briefkastenfirmen oder wettbewerbsverzerrende Unternehmenspraktiken wirkungsvoller zu bekämpfen. Sie würden auch festlegen, für welche Beförderungen die Vorschriften zur Entsendung von Arbeitnehmern, wie beispielsweise die Regeln zum Mindestlohn, gelten sollen, und die Ruhezeiten der Fahrer flexibler gestalten.

*Debatte: Mittwoch, den 27. März*

*Abstimmung: Mittwoch, den 27. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

### Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zur Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor](#)

[Berichtsentwurf in Bezug auf die maximalen Lenkzeiten, Mindestfahrtunterbrechungen sowie Ruhezeiten und die Positionsbestimmung mittels Fahrtenschreibern](#)

[Berichtsentwurf zum Zugang zum Markt des Güterkraftverkehrs](#)

[Alle wichtigen Links zum Mobilitätspaket](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Debatte zum EU-Gipfel: Brexit, Klimawandel, Bekämpfung von Desinformation...

## Debatte am Mittwochmorgen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, über die Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels vom 21.- 22. März.

Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen sich am 21. und 22. März in Brüssel zu ihrem Frühjahrgipfel, um im EU-27-Format, ohne das Vereinigte Königreich, die Entwicklungen beim Brexit zu erörtern.

Weitere wichtige Themen auf der Tagesordnung, diesmal für alle Staats- und Regierungschefs der EU-28, sind der Klimawandel, das Gipfeltreffen EU-China am 9. April 2019 und die künftige Entwicklung des Binnenmarktes, der Kapitalmarktunion, der Industriepolitik und der europäischen Digitalpolitik. Auch die Bekämpfung von Desinformation und die demokratische Integrität der europäischen und nationalen Wahlen in der EU steht auf der Agenda.

*Debatte: Mittwoch, den 27. März*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte (ohne Entschliebung)*

### Weitere Informationen

[Tagesordnung des Europäischen Rates vom 21.-22. März 2019](#)  
[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Schutz der Verbraucherrechte online und offline

## Am Dienstag stehen neue Regeln zur Stärkung der Verbraucherrechte und zur Erleichterung des grenzübergreifenden Handels in der EU zur Debatte und zur Abstimmung.

Die beiden Richtlinien, von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates vorläufig vereinbart - über [digitale Inhalte](#) und über den [Warenhandel](#) - sind Teil der Strategie für den digitalen Binnenmarkt, die darauf abzielt, Verbrauchern und Unternehmen einen besseren Zugang zu Online-Gütern und -Dienstleistungen in ganz Europa zu gewährleisten. Mit den neuen Gesetzen werden die wichtigsten vertraglichen Rechte harmonisiert, wie z.B. die den Verbrauchern zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe.

### Richtlinie über digitale Inhalte

Nach den ersten EU-weiten Vorschriften für „digitale Inhalte“ werden Verbraucher, die Musik, Apps, Spiele kaufen oder herunterladen oder Cloud-Dienste nutzen, besser geschützt, wenn ein Verkäufer die Inhalte oder Dienste nicht oder nur unzureichend bereitstellt. Diese Verbraucherschutzrechte gelten gleichermaßen für Verbraucher, die ihre Daten im Austausch für solche Inhalte oder Dienste bereitstellen, und für „zahlende“ Verbraucher.

### Richtlinie über den Warenhandel

Die Richtlinie über den Warenhandel gilt sowohl für den Online- als auch für den klassischen Einzelhandel, also für den Kauf beispielsweise eines Haushaltsgeräts, Spielzeugs oder Computers entweder über das Internet oder im Laden um die Ecke. Waren mit digitalen Elementen (z. B. sogenannte intelligente Kühlschränke oder vernetzte Uhren) fallen ebenfalls unter diese Richtlinie.

*Debatte: Dienstag, den 26. März*

*Abstimmung: Dienstag, den 26. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

## Weitere Informationen

[Text der Vereinbarung mit dem Rat zu digitalen Inhalten \(auf Englisch\)](#)

[Text der Vereinbarung mit dem Rat zum Warenhandel \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung \(digitale Inhalte\)](#)

[Pressemitteilung \(Warenhandel\)](#)

[Berichterstatterin Evelyne Gebhardt \(S&D, DE\) – digitale Inhalte](#)

[Berichterstatter Axel Voss \(EVP, DE\) – digitale Inhalte](#)

[Berichterstatter Pascal Arimont \(EVP, BE\) - Warenhandel](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)



# Besserer Schutz der Arbeitnehmer vor krebserregenden Chemikalien

## Am Mittwoch wollen die Abgeordneten neue Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmern vor gesundheitsschädlichen Chemikalien annehmen.

Das neue Gesetz, das im Januar mit den EU-Ministern vereinbart wurde, wird die Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verbessern, indem es Arbeitsplatzgrenzwerte für fünf Chemikalien hinzufügt, die in einer Vielzahl von Branchen verwendet werden, wie z.B. bei der Herstellung von Nickel-Cadmium- Akkumulatoren, der Zink- und Kupferverhüttung, in Labors, der Elektronikbranche, bei Beerdigungen und Einbalsamierungen, im Bauwesen, Gesundheitswesen (in der Pathologie und in Autopsieräumen) und im Kunststoff- und Recyclingsektor.

### Background

Die dritte Überarbeitung der [Richtlinie über Karzinogene und Mutagene](#) nimmt Cadmium, Beryllium, Arsensäure, Formaldehyd und 4,4'-Methylen-bis(2-chloranilin) (MOCA) in die EU-Schadstoffliste auf. Nach [Angaben der Europäischen Kommission](#) werden die neuen Vorschriften die Arbeitsbedingungen für über einer Million EU-Arbeitnehmern verbessern und mehr als 22000 Fälle von Berufskrankheiten verhindern.

*Abstimmung: Mittwoch, den, 27 March*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

### Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(29.01.2019\)](#)  
[Berichterstatterin Laura Agea \(EFDD, IT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Limits on exposure to carcinogens and mutagens at work: Third proposal“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Neue Pläne für besseres Leitungswasser und Verringerung von Plastikabfall

**Das Vertrauen der Verbraucher in Leitungswasser soll gestärkt werden, denn es ist eine umweltfreundlichere und kostengünstigere Alternative zu abgefülltem Wasser. Abstimmung am Donnerstag.**

Steigt das Vertrauen in die Qualität von Leitungswasser, würden die Verbraucher weniger abgefülltes Wasser kaufen und so Geld sparen und Kunststoffabfälle reduzieren. Die neuen Vorschriften verschärfen die Höchstwerte für bestimmte Schadstoffe wie Blei (um die Hälfte reduziert) und schädliche Bakterien. Sie führen neue Grenzwerte für bestimmte hormonaktive Stoffe ein. Auch die Höchstwerte für Mikroplastik sollen überwacht werden.

Die Mitgliedstaaten werden zudem ermutigt, Maßnahmen zu ergreifen, um den allgemeinen Zugang zu sauberem Wasser in der EU zu gewährleisten und den Zugang zu Wasser in Städten und öffentlichen Einrichtungen zu verbessern.

## Hintergrundinformationen

Mit der Abstimmung am Donnerstag wird das Parlament seine erste Lesung abschließen, nachdem es seinen Standpunkt im Oktober letzten Jahres festgelegt hatte. Die EU-Minister haben sich bisher noch nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen können, so dass die Verhandlungen mit dem Parlament nicht mehr vor Ablauf der Legislaturperiode aufgenommen werden konnten.

*Debatte: Mittwoch, den 27. März*

*Abstimmung: Donnerstag, den 28. März*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

## Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zur Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch.](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.10.2018\)](#)

[Berichtersteller Michel Dantin \(EVP, FR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Revision of the Drinking water directive“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

Haushaltsentlastung 2017 (53 Berichte, darunter der Haushaltsplan der EU-Kommission und Exekutivagenturen - *Bericht: Inés Ayala Sender*), Debatte und Abstimmung Dienstag

Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen - *Bericht: Bas Eickhout, Sirpa Pietikäinen*, Debatte und Abstimmung Donnerstag

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Kohäsionsfonds - *Bericht: Andrea Cozzolino*, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit - *Bericht: Pier Antonio Panzeri, Cristian Dan Preda, Frank Engel, Charles Goerens*, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) - *Bericht: José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Knut Fleckenstein*, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch

Neues Erasmus+-Programm 2021-2027, *Bericht: Milan Zver*, Debatte und Abstimmung Donnerstag

Lage in Algerien und auf der Krim-Halbinsel, *Erklärung der EU-Kommission*, Debatte Dienstag

Unzulänglichkeiten bei der Rechtsstaatlichkeit in Malta und der Slowakei, *Entschließungsanträge*, Debatte Montag

- Notlage in Venezuela – *Entschließungsanträge*, Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag

- Grundrechte von Menschen afrikanischer Abstammung - *Entschließungsanträge*, Abstimmung Dienstag

- Programm Kreatives Europa (2021 bis 2027) - *Bericht: Silvia Costa*, Abstimmung Mittwoch

- Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Kosovo) - *Bericht: Tanja Fajon*, Abstimmung Donnerstag

- Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen - *Bericht: Nuno Melo, Jeroen Lenaers*, Abstimmung Donnerstag

- Abkommen über einen institutionellen Rahmen EU-Schweiz - *Bericht: Doru-Claudian Frunzulică*, Abstimmung Dienstag

- Europäische Crowdfunding-Dienstleister für Unternehmen - *Bericht: Ashley Fox*, Abstimmung Mittwoch
- Einwand gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Geschäftsordnung: Delegierte Verordnung der Kommission zur Schaffung eines Instruments für die finanzielle Unterstützung für Außengrenzen und Visa im Rahmen des Fonds für die innere Sicherheit, Abstimmung Mittwoch
- Frist für die Anwendung der besonderen Vorschriften über die höchstzulässige Länge von Führerhäusern, die eine verbesserte Aerodynamik und Energieeffizienz sowie eine bessere Sicherheit bieten - *Bericht: Karima Delli*, Abstimmung Dienstag
- Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher - *Bericht: Geoffroy Didier*, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter - *Bericht: Michał Boni*, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- Düngeprodukte mit CE-Kennzeichnung - *Bericht: Mihai Țurcanu*, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag